

PRESSEMITTEILUNG
ULI SCKERL MdL
13.06.2017

Die Datensammelwut der CDU kennt keine Grenzen – mehr Sicherheit bringt das nicht

Zur Diskussion um die Nutzung von LKW-Mautdaten durch Polizei erklärt Uli Sckerl, Innenexperte der Grünen:

"CDU/CSU kennen im Bundestagswahlkampf bei ihren sicherheitspolitischen Forderungen keine Grenzen mehr. Jetzt wird massiv die Nutzung der LKW-Mautdaten für die Sicherheitsbehörden gefordert. Hintergrund ist, dass in einem einzelnen Fall, dem Mordfall im südbadischen Endingen, Mautdaten mit zur Identifizierung des Täters beigetragen haben. Aus Polizeikreisen heißt es aber, dass die Identifizierung auch über DNA-Spuren gelungen ist. Wir Grüne lassen nicht zu, dass der Datenschutz in der aufgeheizten sicherheitspolitischen Debatte unter die Räder kommt. Wir lehnen es ab, dass Einzelfälle als Einfallstor für immer weiter wachsende staatliche Eingriffsbefugnisse ausgenutzt werden. Wir erinnern daran, dass die damals umstrittenen Mautdaten nur eingeführt werden konnten, weil die Bundesregierung versprochen hatte, sie nicht zu Zwecken der Strafermittlung zu nutzen. Dabei geht es nicht um, Täterschutz', sondern um die Begrenzung staatlicher Überwachungsmöglichkeiten auf ein vertretbares Maß. Die Kritik von Innenminister Strobl am Landesbeauftragten für den Datenschutz weisen wir zurück. Es geht uns um einen angemessenen Ausgleich zwischen informationeller Selbstbestimmung und staatlicher Überwachung. Darüber erwarten wir eine Verständigung in der Koalition, nicht aber weitere Alleingänge des Innenministers im bundesweiten Überbietungswettbewerb. Die Datensammelwut der CDU überzieht maßlos und bringt die effektive Strafverfolgung nicht weiter. Was wir brauchen ist ein Fortschritt bei der Auswertung und dem Austausch von Informationen über Ländergrenzen hinweg."